

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Illegales Pokerspiel im „Alpha Casino“ in der Triester Straße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Triester Straße 391 befindet sich das Alpha Casino. Es bietet illegales Pokerspiel an und wurde auch schon behördlich geschlossen. Poker ist jedoch ein Glücksspiel, das von Gesetzes wegen nur den Casinos Austria vorbehalten ist.

Das illegale Pokern in der Triester Straße geht aber dem Vernehmen nach munter weiter. Die Behörde straft gelegentlich, was aber angesichts der erzielten Gewinne Peanuts für den Betreiber sind. Wenn die Tische konfisziert werden, stehen im Keller angeblich schon die nächsten bereit. Viele fragen sich, warum das Lokal trotz wiederholter Verstöße nicht geschlossen wird.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Anfrage:

Was werden Sie unternehmen, um dem illegalen Poker-Spiel Einhalt zu gebieten?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Annenstraße – Metahofplatz: Errichtung einer Straßenbahn-Haltestelle

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Neugestaltung der Annenstraße sowie der Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof ging mit der Auflassung der Haltestelle „Eggenberger Gürtel“ eine für die BürgerInnen sehr wichtige Anbindung an die Öffis im Bereich der oberen Annenstraße verloren. Zwischen Hauptbahnhof und Esperantoplatz gibt es nun keine Zu- und Ausstiegsmöglichkeit für den öffentlichen Verkehr mehr. Das verärgert sehr viele BürgerInnen. Die langen Fußwege zu den Haltestellen am Hauptbahnhof oder beim Esperantoplatz laden keinesfalls zum Umsteigen auf die Öffis ein. Mittlerweile wurde sogar eine Bürgerinitiative gegründet, der sowohl zahlreiche AnwohnerInnen als auch betroffene Gewerbetreibende rund um den Metahofplatz angehören.

Auch hat sich der Bezirksrat von Lend mehrheitlich für die Errichtung einer dringend erforderlichen Haltestelle im Bereich des Metahofplatzes ausgesprochen - mit ähnlicher Begründung.

Im Text zum Siegerprojekt Annenstraße heißt es: „Der Metahofplatz wird mit dem Metahofpark nach dem Umbau der Annenstraße verbunden und aufgewertet. Der bestehende Baumbestand aus zwei größeren Linden und einer Kastanie wird erhalten und mit Schnurbäumen ergänzt. Die offene Platzgestaltung mit den locker angeordneten Bäumen bietet Platz für Gastgärten, Warenauslage und Begegnungsraum ohne Konsumzwang. Auch der Zugang zur Metahofgarage soll in die Platzfläche integriert werden.“ Da drängt sich die Errichtung einer Straßenbahn-Haltestelle an diesem Ort ja förmlich auf.

Deshalb richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Werden Sie sich aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe dafür einsetzen, dass von den zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Graz die Errichtung einer Straßenbahn-Haltestelle im Bereich des neugestalteten Metahofplatzes schnellstmöglich in die Wege geleitet werden kann?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Tarifierhöhungen im Steirischen Verkehrsverbund – Vertragliche Grundlage

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am Montag, dem 1. 7. 2013, wurden die Tarife für den öffentlichen Verkehr gleich um fünf Prozent erhöht. Bereits vor zwei Jahren, bei der Gemeinderatssitzung am 14. April 2011, wurde ein von mir eingebrachter Dringlichkeitsantrag, der sich gegen die jährliche Tarifierhöhung im steirischen Verkehrsverbund aussprach, im Grazer Gemeinderat mehrheitlich beschlossen. Zu einem Umdenken hat dieser Beschluss – wie man sieht – bis heute nicht geführt. Dass den Fahrgästen nun auch heuer wieder eine gewaltige Tarifierhöhung beschert wurde, empört nicht nur die GrazerInnen.

Die Argumentationslinie, die Tarifierhöhung sei keine politische, sondern eine betriebswirtschaftliche Entscheidung aller im Verbund vereinten Unternehmen und basiere auf einer vertraglichen Grundlage, die vor der aktuellen Gemeinderatsperiode

vereinbart wurde, lasse ich jedoch nicht gelten. Es liegt an den Verantwortlichen bei Stadt und Land, die den Verkehrsbetreibern vertraglich zugestandenen jährlichen Erhöhungen von bis zum 1,75-Fachen der Inflationsrate massiv zu bekämpfen. Diese Verträge sind ja nicht in Stein gemeißelt und die Verantwortlichkeit gehört wieder in die Hände des Gemeinderates gelegt, wie mehrheitlich auch beschlossen. Dass der öffentliche Verkehr durchaus billiger angeboten werden kann, zeigen uns Estland mit Tallin und Frankreich mit Aubagne vor. Dort sind die Öffis sogar gratis.

Auch die Finanzierung in Form einer Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer wurde von der KPÖ schon seit Jahren eingefordert, bisher jedoch ohne Erfolg, stehen doch die Großparteien in dieser Frage auf der Bremse.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass der zuständige politische Referent und die zuständigen Stellen des Magistrats aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den VertreterInnen im Verkehrsverbund in Verhandlungen treten, damit die vertragliche Grundlage des Verkehrsverbundes geändert wird?

Dabei soll insbesondere die Möglichkeit, die Tarife für den Personenverkehr um das bis zu 1,75-Fache der Inflationsrate anheben zu können, aus der Welt geschafft werden. Die Entscheidung über die Tarifgestaltung des ÖPNV ist nach Auffassung des Gemeinderates vom Beschluss des 14. 4. 2011 eine politische und keine rein betriebswirtschaftliche Frage.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verpartnerung mit Zeremonie

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit 1. Jänner 2010 besteht in Österreich die Möglichkeit der „Eingetragenen Partnerschaft“, um gleichgeschlechtlichen Paaren eine zumindest ähnliche rechtliche Absicherung wie in einer Ehe zu bieten, auch wenn immer noch bedeutende Unterschiede zu den Rechten in einer Ehe bestehen.

Und praktisch ebenso lange gibt es in Graz Diskussionen darüber, wie und wo die "Verpartnerungen" erfolgen sollen. Denn im Gegensatz zu vielen Städten mit eigenem Statut, die für die Verpartnerung gleich wie für eine Eheschließung die dafür adaptierten Trauungsräumlichkeiten öffneten, blieb in Graz der Trauungssaal für Verpartnerungen bislang versperrt – man darf bestenfalls ins Media-Center ausweichen, will man eine Verpartnerung im Rathaus durchführen. Was von vielen zu Recht als eine Diskriminierung angesehen und für Graz als Stadt der Menschenrechte als untragbar bezeichnet wird.

Aber nicht nur das: Auch die Verpartnerung selbst erfolgt, wie viele Betroffene beklagen, in einem äußerst nüchternen, rein formalen, um nicht zu sagen kalten, Akt. Von einer dem Anlass entsprechenden feierlichen Zeremonie, die der symbolischen Bedeutung der Verpartnerung gerecht werde, könne keine Rede sein. Dies sei, so der durchaus nachvollziehbare Vorwurf, mindestens ebenso diskriminierend wie das Verbot des Trauungssaales.

Gleichgeschlechtliche Paare sind leider auch heute noch im privaten wie im öffentlichen Leben immer wieder versteckten oder offenen Akten der Diskriminierung ausgesetzt und es gilt daher, insbesondere auch von offizieller Seite, Diskriminierungen entgegenzutreten, bestehende abzubauen und neuen vorzubeugen. Oberstes Ziel muss daher selbstverständlich die Öffnung des Trauungssaales für Verpartnerungen bleiben, wie dies auch der Menschenrechtsbeirat eingefordert hat. Kurzfristig sollte aber die Verpartnerung auf jeden Fall in einer dem Anlass entsprechenden feierlichen Zeremonie erfolgen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, Initiativen zu setzen, damit Verpartnerungen endlich in einer dem Anlass entsprechenden und mit Eheschließungen vergleichbaren feierlichen Zeremonie erfolgen können.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Möglichkeiten aus Sicht der Stadtplanung für den Betrieb auf dem Grundstück mit der Nummer 53/4 (Katastralgemeinde 63106 – Jakomini)

GR. **Dreisiebner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Auf oben angeführtem Grundstück mit der Widmung "Sport / Freizeit (SF)" sowie der Zusatzwidmung "öffentlicher Park (öPa)" befindet sich seit vielen Jahren ein Pavillon, der zu Handelszwecken genutzt wurde und wird. Dieses Pavillon-Bauwerk nimmt beinahe das gesamte Grundstück ein.

Die Person, die diesen Pavillon vor Jahren erworben hat, steht lt. ihrer Aussage vor dem Problem, entweder eine - dem jetzt gegebenen Grundriss folgenden - Aufstockung zu erreichen oder abzusiedeln. Trotz vieler Gespräche des Unternehmers mit VertreterInnen der Stadt Graz (aus BeamtInnenschaft und Politik) scheint keine Entscheidung in Sicht.

Daher richte ich an Sie folgende

A n f r a g e :

Sehen Sie Möglichkeiten für die Stadt Graz und die Grazer Stadtplanung, der Intention des Inhabers o.g. Grundstücks und Betriebs auf eine Erweiterung seiner Gebäude- und Verkaufsfläche - wie erwähnt, nicht in der Fläche, sondern in der Höhe - entgegenzukommen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Umgestaltung Geidorfplatz

GR. **Dreisiebner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge eines breiten BürgerInnenbeteiligungsprozesses wurde bis ins letzte Jahr hinein unter Einbindung aller im Bezirksrat vertretener Fraktionen des Bezirkrates ein breit diskutiertes und akzeptiertes Gestaltungs- und Nutzungskonzept für den Geidorfplatz erarbeitet und verabschiedet. Zuletzt hat sich der gesamte Bezirksrat des Bezirkes Geidorf in seiner ersten ordentlichen Sitzung im April dieses Jahres für die vereinbarte Neugestaltung ausgesprochen.

Die Umsetzung dieses Konzeptes könnte folglich jederzeit beginnen und wurde auch von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Vorjahr für das Jahr 2013 zugesagt.

Daher richte ich an Sie folgende

A n f r a g e :

Ist nach wie vor an eine Sanierung bzw. Umgestaltung des Geidorfplatzes inklusive des Marktgeländes, Verkaufsstände, Bushaltestellen und Parkraum gedacht und bis wann ist aus heutiger Sicht mit dem Beginn der baulich erforderlichen Maßnahmen zu rechnen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Öffnung des Trauungsaals für gleichgeschlechtliche Paare

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Werden Sie dem im Bezirksrat Innere Stadt am 25. Juni 2013 beschlossenen Antrag an den Gemeinderat zur Öffnung des Trauungssaals für gleichgeschlechtliche Paare entsprechen, die auch vielen GemeinderätInnen – offenbar auch aus Ihrem Gemeinderatsklub - ein dringendes Anliegen ist?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Städtepartnerschaft mit St. Petersburg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

welche Schritte wurden seitens der Stadt Graz bereits unternommen bezüglich des am 18.10.2012 mit Dringlichem Antrag beschlossenen Appells an die Partnerstadt St. Petersburg zur Wahrung der Menschenrechte von homo-, bi- und transsexuellen Menschen bzw. bezüglich der von Ihnen im Jänner 2013 angekündigten Initiative bei der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, mit der an die Stadt St. Petersburg appellierend herangetreten werden sollte?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.